

Die Senatorin für Kinder und Bildung · Rembertiring 8-12 · 28195 Bremen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der
Senatorin für Kinder und Bildung

Ausschreibung für den allgemeinen Arbeitsmarkt

Auskunft erteilt
Eva Demir

Zimmer 204

Tel. 0421 361-59732
Fax 0421 496-59732

E-Mail: Stellen.SKB@
bildung.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
112-DEM

Bremen, 07.12.2020

Mitteilung Nr.343/2020

Stellenausschreibung LzpB

In der Landeszentrale für politische Bildung ist am Dienort "Denkort Bunker Valentin" zum nächstmöglichen Termin die Stelle einer/eines

**Sachbearbeiter / Sachbearbeiterin (w/m/d)
Besoldungsgruppe A 9 Bremische Besoldungsordnung
bzw. Entgeltgruppe 9a des Tarifvertrages der Länder (TV-L)**

unbefristet im Umfang einer halben Stelle zu besetzen.

Die Landeszentrale für politische Bildung der Freien Hansestadt ist als Landesbehörde eine nicht-rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Ressorts Kinder und Bildung. Sie ist eine Einrichtung des Landes Bremen für die staatliche politische Bildungsarbeit in Bremen und Bremerhaven. Sie hat die Aufgabe, auf überparteilicher Grundlage mit geeigneten Maßnahmen der politischen Bildung die Befähigung der Bevölkerung zur aktiven Beteiligung an politischen Prozessen zu steigern.

Der Arbeitsplatz umfasst im Wesentlichen folgende Aufgabenbereiche:

- Koordination und Organisation der Bildungsangebote und Veranstaltungen am Denkort Bunker Valentin
- Betreuung der freien Mitarbeiter*innen des Denkort, u.a. Organisation von Fortbildungen in Form von Seminaren und Exkursionen
- Organisatorische Unterstützung der Referatsleitung bei der Weiterentwicklung der Angebote, u.a. Bearbeitung und Aufbereitung von Audio- und Videodaten
- Organisation und technische Betreuung von Veranstaltungen am Denkort und in der Landeszentrale für politische Bildung
- Bearbeitung besonderer Aufgaben

Vorausgesetzt werden:

- Laufbahnbefähigung für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt der Fachrichtung Allgemeine Dienste oder eine abgeschlossene Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte/r (w/m/d), Fachangestellte/r für Bürokommunikation (w/m/d) oder Fachkraft für Veranstaltungstechnik (w/m/d) oder eine gleich zu bewertende berufliche Qualifikation

- Nachgewiesene Kenntnisse und Erfahrung im Bereich Gedenkstättenpädagogik, vertiefte Kenntnisse im Bereich der Geschichte des Nationalsozialismus allgemein und dem System der NS-Zwangsarbeit im Besonderen
- Nachgewiesene Kenntnisse und Erfahrung im Bereich Veranstaltungsplanung und -durchführung
- Kenntnisse der Office-Programme, sicherer Umgang mit Audio- und Videobearbeitungssoftware sowie die Bereitschaft, vorhandene Kenntnisse zu vertiefen und anzuwenden

Erwartet werden:

- Organisations- und Koordinierungsgeschick sowie eine hohe Kooperationsfähigkeit
- Erfahrungen in selbstständiger Aufgabenwahrnehmung
- Ergebnisorientierung und Prozessverantwortung
- Interesse an den inhaltlichen Tätigkeitsfeldern des Referats Denkort Bunker Valentin
- Bereitschaft zur fachlichen Fortbildung
- Kenntnisse der englischen Sprache in Wort und Schrift

Die Bereitschaft zur Arbeit außerhalb von Kernarbeitszeiten sowie die Bereitschaft zur Übernahme weiterer oder anderen Aufgaben aufgrund veränderter Schwerpunktsetzungen wird vorausgesetzt.

Haben Sie Interesse?

Dann bewerben Sie sich bitte mit den üblichen Unterlagen (u.a. aktuelle Beurteilung / Zeugnisse, Lebenslauf) bis zum

28. Dezember 2020

bei:

Die Senatorin für Kinder und Bildung
112-DEM
Rembertiring 8 – 12, 28195 Bremen
E-Mail: Stellen.SKB@bildung.bremen.de
Kennziffer: LzpB 1-6/2020 (bitte unbedingt angeben)

Für nähere Auskünfte steht Ihnen Herr Dr. Köcher, Tel.: 0421/361 2119, zur Verfügung.

Bewerbungshinweise:

Bitte fügen Sie Ihren Bewerbungsunterlagen keine Originalzeugnisse und -bescheinigungen bei.

Bitte verwenden Sie auch keine Mappen und Folien. Die Bewerbungsunterlagen werden nur auf Wunsch zurückgesandt, falls Sie einen ausreichend frankierten Rückumschlag beifügen. Andernfalls werden die Unterlagen bei erfolgloser Bewerbung bis zum Ablauf der Frist gemäß § 15 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) aufbewahrt und anschließend vernichtet.

Bewerberinnen bzw. Bewerber aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes werden gebeten, mit den Bewerbungsunterlagen eine Einverständniserklärung zur Einsichtnahme in ihre Personalakte einzureichen.

Des Weiteren ist die Einreichung eines aktuellen Zeugnisses bzw. dienstlicher Beurteilung (nicht älter als 1 Jahr) erforderlich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen bzw. Bewerber haben bei im Wesentlichen gleicher fachlicher und persönlicher Eignung Vorrang.

Die Stelle ist auch für Teilzeitkräfte geeignet.

Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund werden begrüßt.

Um die Unterrepräsentanz von Frauen in diesem Bereich abzubauen, sind Frauen, wenn sie die gleiche Qualifikation wie männliche Bewerber haben, vorrangig zu berücksichtigen; sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Frauen werden deshalb ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben.

Im Auftrag

gez. Eva Demir